

**Stadtrat**

Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 16. Mai 2002

Nr. 2006

Kehrichtabfuhr

Volksinitiative „Üs schtinkts!“

Die Volksinitiative „Üs schtinkts! - Städtische Initiative zur Einführung von zwei wöchentlichen Kehrichtabfuhrten“ ist am 31. Oktober 2001 fristgerecht mit 1'311 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Die Stadtkanzlei hat das Zustandekommen der Initiative festgestellt. Der Stadtrat beantragt dem Grossen Gemeinderat, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen und nimmt zum Initiativbegehren wie folgt Stellung:

1 Ausgangslage

Die in der städtischen Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) zu behandelnde Abfallmenge aus der Stadt St.Gallen hat in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Nachdem im Jahr 1991 noch 20'867 Tonnen Abfälle zur Entsorgung bereitgestellt wurden, was 270 kg pro Person entspricht, reduzierte sich diese Menge bis ins Jahr 2001 auf 242 kg pro Person (total 18'014 Tonnen). Im gleichen Zeitraum nahm die Menge gesammelter Wertstoffe mit den massgebenden Komponenten Altpapier und Altglas von 78 kg pro Person (total 5'921 Tonnen) auf 120 kg pro Person (total 8'908 Tonnen) zu.

Die Stadt reagierte auf diese Entwicklung einerseits mit einem Ausbau des Sammelstellennetzes für Wertstoffe, das von 1997 bis Ende 2001 von 28 auf neu 34 Sammelstellen erweitert wurde. Andererseits wurde ein neues Logistikkonzept für die Kehricht-, Altpapier- und Kartonabfuhr umgesetzt (Vorlage an den Grossen Gemeinderat Nr. 3917 vom 30.09.1999). Dieses beinhaltete folgende Massnahmen:



- Einführung der nur noch einmaligen Kehrrichtabfuhr pro Woche (mit Ausnahme der Innenstadt, wo weiterhin eine zweimalige wöchentliche Abfuhr stattfindet)
- getrennte Sammlung von Papier und Karton in angepasstem Sammelrhythmus
- Integration der Landwirtschaftsgebiete in die Abfuhrrouen
- Abendabfuhr für Altpapier im Bereich der Innenstadt.

Mit dem neuen Logistikkonzept konnte die defizitäre Situation der Spezialfinanzierung für die Entsorgung von Siedlungsabfällen ohne Erhöhung der Entsorgungsgebühren durch Einsparungen bereinigt werden:

Entwicklung der Spezialfinanzierung für die Entsorgung von Siedlungsabfällen

(Beträge in Fr. 1'000.-):

Jahr	1997	1998	1999	2000	2001
Aufwand	7'265'	7'292'	7'018'	7'045'	6'800'
Ertrag	6'773'	6'820'	7'027'	7'436'	7'489'
Saldo Jahresrechnung	- 492'	- 472'	9'	391'	689'
Saldo Ausgleichskonto	- 295'	- 767'	-758'	- 367'	322'

Die wesentliche Verbesserung der Rechnung der Spezialfinanzierung ist einerseits auf die Massnahmen bei der Papier- und Kartonabfuhr und andererseits auf die Umstellung auf die Einmalabfuhr zurückzuführen.

In der erwähnten Gemeinderatsvorlage wurde zusätzlich darauf hingewiesen, dass aufgrund der neuen Logistik mittelfristig, frühestens jedoch im Jahre 2002, mit einer Senkung der Entsorgungsgebühren gerechnet werden kann. Aus heutiger Sicht bestätigt sich, dass eine Gebührensenkung grundsätzlich möglich wird. Für eine Gebührenreduktion sollte der Saldo des Ausgleichskontos rund eine Million Franken erreicht haben. Ein entsprechendes Guthaben der Spezialfinanzierung ist erforderlich, da Rechnungsschwankungen, die sich zum Beispiel aus Änderungen der Papier- und Kartonpreise ergeben, über das Ausgleichskonto aufgefangen werden müssen. Realistisch erscheint eine Senkung des Preises der 35-Liter-Säcke von



Fr. 18.– auf Fr. 17.– pro Rolle, d.h. von Fr. 1.80 auf Fr. 1.70 pro Sack, auf Mitte Jahr 2003 bei gleichzeitiger linearer Reduktion der Ansätze der weiteren Tarifpositionen.

Durch die Umstellungen im Bereich der Abfallentsorgung wurde die städtische Abfuhr auf den effektiven durchschnittlichen Bedarf ausgerichtet. Aufgrund der im Jahre 2001 verkauften 1,8 Millionen Gebührenkehrichtsäcke ergibt sich bei rund 35'000 Haushaltungen, dass durchschnittlich pro Haushalt knapp ein Sack pro Woche zur Entsorgung bereitgestellt wird.

Im Jahr 2001 haben sich 40 Gemeinwesen der Abfallregion St.Gallen - Rorschach - Appenzell zur Organisation für die gemeinsame Kehrrichtentsorgung (OGK bzw. A-Region) zusammengeschlossen und einen einheitlichen Gebührenkehrichtsack für die gesamte Abfallregion mit Ausnahme der Stadt St.Gallen eingeführt. Die Stadt pflegt mit der A-Region, die alle übrigen Anliefergemeinden der KVA St.Gallen umfasst, seit Jahren eine bewährte Zusammenarbeit in der Abfallwirtschaft. Diese soll mittelfristig vertieft werden. Zur Nutzung von Synergien soll eine vergleichbare Entsorgungsstruktur und Finanzierung angestrebt werden. Mit Ausnahme der Gemeinde Teufen, die erst kürzlich die Sackgebühr eingeführt hat, verfügen sämtliche Gemeinden der Abfallregion mit 130'000 Einwohnerinnen und Einwohnern seit jeher über eine wöchentlich einmalige Abfuhr. Die Rückkehr zur Zweimalabfuhr in der Stadt würde einen Rückschlag in der Zusammenarbeit bedeuten.

Mit der Einmalabfuhr in den Gebieten ausserhalb der Innenstadt bietet somit die Stadt den gleichen Service, wie er in der Region mit teilweise durchaus ähnlicher Siedlungsstruktur seit Jahren üblich ist. Auch in anderen Städten mit vergleichbarer Sammelorganisation wie Winterthur und Zürich wird der Hauskehricht einmal pro Woche eingesammelt.

2 Forderungen der Initiative

2.1 Initiativtext und Zustandekommen

Die Initiative „Üs schtinkts!“ fordert die Einführung von zwei wöchentlichen Kehrrichtabfuhrren auf dem ganzen Stadtgebiet. Der Initiativtext lautet wie folgt:

„Im Jahr 2000 hat der St.Galler Grosse Gemeinderat die 2-mal-Kehrrichtabfuhr aufgehoben. Aus unserer Sicht hat sich dies nicht bewährt. Familien mit mehreren Personen haben oftmals nicht den nötigen Platz, um alle Abfallsäcke in der Wohnung zu lagern und leiden des-



halb unter erheblichen Geruchsimmissionen. Für sozial Schwache ergibt dies ein enormes Abfallproblem.

Deshalb: Wir verlangen, dass das städtische Abfallreglement (Reglement über die Abfallentsorgung und deren Finanzierung sRS 541.1) wie folgt geändert wird:

Art. 6 Absatz 4 (neu)

Die Abfuhr von Haus-, Industrie- und Gewerbekehrrecht erfolgt 2 mal wöchentlich.

Art. 6 Absatz 4 tritt spätestens 6 Monate nach Eintritt der Rechtsgültigkeit in Kraft.

Die Kehrichtabfuhr in der ganzen Stadt St.Gallen hat neu zwei Mal wöchentlich zu erfolgen. Das Reglement ist deshalb zu ändern. Diese Änderung soll innert 6 Monaten nach der Rechtsgültigkeit erfolgen und umgesetzt werden.“

Die Stadtkanzlei stellte im November 2001 das Zustandekommen der Initiative mit 1'311 gültigen Unterschriften fest.

2.2 Auslegung des Initiativtextes

Eine rechtliche Beurteilung des Initiativtextes ergab, dass von der Initiative Abfälle aus dem Haushalt (mit Ausnahme der separat zu sammelnden und der kompostierbaren Abfälle) sowie jene Abfälle aus Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, welche in ihrer Zusammensetzung den Haushaltsabfällen entsprechen, erfasst werden. Nicht erfasst sind somit insbesondere Wertstoffe, Problemabfälle, Sonderabfälle und Abfälle gemäss Art. 9 des Abfallreglements wie Industrie- und Gewerbeabfälle, Bauabfälle oder Grobsperrgut. Auch die Altpapier- und Kartonsammlung bleibt von der Volksinitiative unberührt.

Ebenfalls nicht betroffen von der Initiative ist der Bereich der Innenstadt, der über eine wöchentlich zweimalige Abfuhr verfügt, und die frühere spezielle Lösung für die heute in die Abfuhr Routen integrierten Landwirtschaftsgebiete der Stadt. Die Initiative betrifft somit ausschliesslich diejenigen städtischen Quartiere, die derzeit über eine wöchentlich einmalige Abfuhr verfügen.

Heute liegt die Organisation der Abfuhrlogistik in der Kompetenz des Stadtrates und, soweit



die Budgetkompetenzen berührt sind, in jener des Grossen Gemeinderates. Eine Annahme der Initiative durch die Stimmberechtigten der Stadt St.Gallen hätte die Festlegung einer Einzelmassnahme der Abfuhrlogistik auf Reglementsstufe zur Folge. Die Berücksichtigung von neuen Entwicklungen im Entsorgungsbereich mit entsprechenden Strukturanpassungen (vgl. Kapitel 5) würde dadurch zukünftig erschwert. Neue logistische Konzepte mit Vorteilen für die Bevölkerung und Einsparungspotentialen könnten nicht flexibel eingeführt und umgesetzt werden.

Die Wiedereinführung der wöchentlichen Zweimalabfuhr würde ausserdem zu höheren Transportleistungen der Kehrlichfahrzeuge von jährlich rund 20'000 Kilometern bei einem weitgehend gleichbleibenden Abfuhrvolumen führen und hätte somit auch negative ökologische Auswirkungen. Die Kompensation der anfallenden Mehrkosten in der Grössenordnung je nach Variante zwischen rund Fr. 500'000.– und Fr. 900'000.– (vgl. Kapitel 3) würde zu einer Erhöhung der Entsorgungspreise um 8 - 16 % führen.

3 Konsequenzen der Umsetzung bei Annahme der Initiative

Eine Arbeitsgruppe hat unter Federführung der Verwaltung der Technischen Betriebe die logistischen und organisatorisch denkbaren Varianten für die Durchführung der Kehrlichabfuhr gemäss Anliegen der Initianten geprüft. Sie kam zu folgenden Ergebnissen:

Eine zukünftige zweimalige wöchentliche Abfuhr auf dem ganzen Stadtgebiet hätte von Montag bis Freitag zu erfolgen. Der Sonntag kommt als Sammeltag nicht in Frage. Der Samstag wird hierfür ebenfalls als ungeeignet angesehen, weil sich einerseits Schwierigkeiten mit der zu frühen Bereitstellung ergäben und anderseits die Arbeitsaufteilung wegen des Anspruchs auf zwei aufeinander folgende freie Tage keine Reduktion der Sammelteams erlauben würde.

Die Kehrlichabfuhr müsste somit auf die Wochentage von Montag bis Freitag aufgeteilt werden. Um einen genügenden zeitlichen Abstand zwischen den beiden wöchentlichen Sammlungen sicherzustellen, wären die Sammelrhythmen Montag / Donnerstag und Dienstag / Freitag in jeweils der Hälfte der städtischen Quartiere sinnvoll. Dies hätte jedoch zur Folge, dass der Mittwoch, der bei einer wöchentlich einmaligen Abfuhr unproblematisch



ist, als möglicher Sammeltag ausser Betracht fallen würde.

Bei Annahme der Initiative sind folgende beiden Varianten machbar:

- Variante 1: Kehrichtabfuhr jeweils Montag und Donnerstag bzw. Dienstag und Freitag. Altpapier- und Kartonabfuhr weiterhin nach dem jetzigen Turnus durch die heute beauftragte private Unternehmung.
- Variante 2: Kehrichtabfuhr jeweils Montag und Donnerstag bzw. Dienstag und Freitag. Altpapier- und Kartonabfuhr wie früher am Mittwoch unter Auflösung des mit der privaten Firma bestehenden Vertrages mit Kostenfolge.

Variante 1:

Diese Variante führt dazu, dass das städtische Tiefbauamt den Fahrzeugpark und das Personal von drei auf fünf Teams, bestehend aus je einem Chauffeur und zwei Beladern, bis zum Zeitpunkt der Einführung der Zweimal-Abfuhr aufstocken muss. Eine anderweitige Beschäftigung der Abfuhrmitarbeiter am Mittwoch kann durch das Tiefbauamt nicht oder nur in einem sehr beschränkten Ausmass sichergestellt werden. Entweder müssen spezielle Arbeitszeitmodelle gesucht und vereinbart werden, oder es ist mit Zusatzkosten für Standzeiten zu rechnen. Als Untervariante denkbar ist ein Modell mit insgesamt nur vier Teams im Abfuhrbereich und verlängerten täglichen Arbeitszeiten bei einem arbeitsfreien Mittwoch. Dafür wäre ebenfalls ein neues Arbeitszeitmodell unter Berücksichtigung der rechtlichen und gesundheitlichen Aspekte zu prüfen. Die Variante 1 hat zur Folge, dass die Papier- und Kartonabfuhr in einzelnen Quartieren teilweise am gleichen Tag wie die Abfuhr der Abfälle durchgeführt wird; in anderen Städten ist dies bereits heute vereinzelt der Fall.

Variante 2:

Bei dieser Variante muss der Vertrag mit Gültigkeit bis ins Jahr 2005 für die privat durchgeführte Abfuhr von Altpapier und Karton vorzeitig aufgelöst werden. Verhandlungen mit der beauftragten Unternehmung führten zu einem verbindlichen Angebot, bei dem unter der Voraussetzung der Übernahme von zwei Sammelfahrzeugen durch das städtische Tiefbauamt (Eintritt in den bestehenden Leasingvertrag) mit einmaligen Ausstiegskosten von Fr. 200'000.– zu rechnen ist.

Die Variante 2 erfordert eine Durchführung des Sammelbetriebes mit fünf Teams. Würden



bei dieser Variante nur vier Sammelteams eingesetzt, wäre eine tägliche Sammelleistung von 21,6 Tonnen Abfall pro Team erforderlich. Heute werden mit der Einmalabfuhr zwar pro Fahrzeug 23,0 Tonnen Abfall pro Tag eingesammelt, jedoch bei einer deutlich dichteren Bereitstellung (doppelte Menge pro Sammelkilometer). Eine Sammelmenge von 21,6 Tonnen pro Fahrzeug und Tag lässt sich nach der Umstellung auf eine Zweimalabfuhr mit entsprechend weniger dichter Bereitstellung nicht mehr erzielen. Die Sammelmenge pro Fahrzeug betrug vor der Umstellung auf die Einmalabfuhr lediglich 17,3 Tonnen pro Fahrzeug und Tag.

Bei vorzeitiger Auflösung des Sammelvertrags für Altpapier und Karton muss die Einsammlung von Kehrrecht sowie von Papier und Karton zwingend auf fünf Teams aufgeteilt werden. Ein besonderes Problem ergibt sich aus dem Umstand, dass die bereitgestellten Altpapier- und Kartonmengen sehr erheblichen Schwankungen ausgesetzt sind. Für die Durchführung der Abendabfuhr im Innenstadtbereich müsste deshalb zumindest teilweise eine private Unternehmung zusätzlich beigezogen werden.

Kostenfolgen:

Die Einführung einer zweimaligen wöchentlichen Abfuhr auch ausserhalb der Innenstadt führt zu folgenden jährlichen Kosten bzw. Kostenveränderungen (in Fr.):

	Jahreskosten:	Mehrkosten:
Einmalabfuhr (bestehendes System)	2'028'000.–	keine
Variante 1:		
- mit Änderung der Anstellungsbedingungen (10,5 Stunden / Tag)	2'504'000.–	476'000.–
- ohne Änderung der Anstellungsbedingungen (Personal am Mittwoch nicht anderweitig zu beschäftigen)	2'933'000.–	905'000.–
Variante 2:		
- mit vorzeitiger Vertragsauflösung	2'696'000.–	668'000.– *

* zuzüglich Einmalabfindung von Fr. 200'000.–.



Zeitliche Umsetzung:

Bei einer Annahme der Initiative im November 2002 erfordern beide Varianten die Einstellung von zusätzlichem Personal im Tiefbauamt und die Beschaffung von bis zu zwei zusätzlichen Sammelfahrzeugen bis zum Zeitpunkt der Einführung der Zweimalabfuhr voraussichtlich Mitte 2003. Der Zeitpunkt sowohl für Änderungen im personellen Bereich als auch für allfällige Fahrzeugbeschaffungen ist mit sechs Monaten knapp. Grundsätzlich kann jedoch davon ausgegangen werden, dass beide beschriebenen Varianten unter annehmbaren Bedingungen fristgerecht umgesetzt werden können.

4 Empfehlung

Es ist unbestritten, dass die wöchentliche Einmalabfuhr für eine beschränkte Zahl von Haushaltungen zu weniger Komfort geführt hat. Zur Lösung von punktuellen Problemen ist jedoch die Regelung einer Einzelmassnahme auf Reglementsstufe nicht sinnvoll. Sie würde dauerhaft eine rasche und gezielte Umsetzung von logistisch und finanziell sinnvollen Anpassungen im Entsorgungsbereich erschweren.

Die wöchentliche Einmalabfuhr und die Umstellungen im Bereich der Papier- und Kartonent-sorgung haben sich nach erwarteten anfänglichen Problemen zwischenzeitlich gut einge-spielt. Den in der Initiative erwähnten punktuellen Problemen kann ohne starre Regelungen im Abfallreglement mit gezielten Massnahmen entgegengewirkt werden. Diese machen es zudem möglich, die Sanierung der Spezialfinanzierung für die Entsorgung von Siedlungsab-fällen zu konsolidieren und die Sackgebühren von Fr. 18.– auf Fr. 17.– pro Rolle 35-Liter-Ge-bührensäcke (und entsprechend die anderen Tarifpositionen) zu senken. Die Annahme der Initiative hingegen mit den Mehrkosten in der Folge würde dazu führen, dass die Spezialfi-nanzierung wieder in den defizitären Bereich gerät und die Gebühren erhöht werden müss-ten. Die Gebührenerhöhung müsste je nach Vorgehensvariante zwischen Fr. 1.50 und Fr. 2.80 pro Rolle 35-Liter-Kehrichtsäcke betragen.

Problematisch wäre ausserdem, dass die angestrebte erweiterte Zusammenarbeit mit der Abfallregion St.Gallen - Rorschach - Appenzell durch eine starre Regelung zukünftig stark erschwert würde.

Aus diesen Gründen wird beantragt, die Initiative „Üs schtinkts !“ ohne Gegenvorschlag abzulehnen.



5 Weiterentwicklung der Sammellogistik

Die Frage der Anzahl der Sammeltouren pro Woche betrifft eine Teilmassnahme der gesamten Abfalllogistik. Diese ist in den letzten Jahren in verschiedenen Bereichen weiterentwickelt worden (Platzierung, Ausstattung und Zahl der Wertstoffsammelstellen; Einsatz von Containern bei Mehrfamilienhäusern, Informations- und Beratungsmassnahmen, Förderung der dezentralen Kompostierung) und wird auch in Zukunft flexibel an ändernde Verhältnisse angepasst. Das Festschreiben von Einzelmassnahmen auf Reglementsstufe behindert eine vernünftige Weiterentwicklung.

Eine wesentliche Zielsetzung des Stadtrates in der Legislaturperiode 2001 - 2004 ist die Verbesserung der Sauberkeit der Stadt durch konzertierte Massnahmen gegen das Littering (Wegwerfen von Abfällen). In die Thematik einbezogen wird die Sauberhaltung von Sammelstellen für Wertstoffe sowie die rechtzeitige und korrekte Bereitstellung von Abfällen zur Abfuhr. Die Umsetzung dieses Legislaturziels erfolgt unabhängig von der Initiative „Üs schtinks!“ . Der Stadtrat hat Mitte November 2001 einem Pilotprojekt für eine neue Form der Kehrlichtbereitstellung - neben der herkömmlichen Bereitstellung von Gebührensäcken in Containern und der losen Bereitstellung mit Gebührensäcken an den Abfuhrrouen in der Stadt St.Gallen - zugestimmt.

Um den Komfort bei der Abfallbereitstellung zu verbessern, wurde als Pilotprojekt beschlossen, primär in Zusammenarbeit mit privaten Liegenschaftseigentümern Unterflurbehälter zu erstellen. Bei diesem System handelt es sich um runde Behälter mit einem Nutzinhalt von rund 1'300 bis 5'000 Litern, die zum grösseren Teil unterirdisch angelegt sind. Bereits 1998 waren weltweit über 10'000 solcher Behälter im Einsatz. Die Erfahrungen der Stadt Chur, die das System auf dem gesamten Stadtgebiet realisiert hat, sind positiv. Die Behälter tragen wesentlich dazu bei, die zu frühe offene Bereitstellung von Abfällen mit den bekannten negativen Auswirkungen zu vermeiden und ermöglichen Einwohnerinnen und Einwohnern eine jederzeitige Entsorgung von Hauskehricht. Unterflurbehälter haben für alle Beteiligten Vorteile.



Für die Benutzenden ist die Entsorgung von Abfällen jederzeit unabhängig von der Abfuhrzeit möglich. Durch die Lage der Behälter werden Geruchsbelästigungen im Sommer und das Einfrieren des Mülls im Winter weitgehend vermieden. Die niedrige Einwurfhöhe ermöglicht es sowohl Kindern wie auch Behinderten (Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern), das System problemlos zu nutzen.

Für die Hauseigentümer ist von Bedeutung, dass der Platzbedarf für die Kehrrichtbereitstellung gering ist. Bestehende Containerstandorte können anderweitig genutzt werden und der Arbeitsaufwand für die Bereitstellung von Containern zur Entleerung wie auch die Reinigung der Container entfällt.

Auch für den Transportdienst hat das System Vorteile: Die Entleerungszeiten von Unterflurbehältern sind verglichen mit jener von Containern oder mit dem Einsammeln von Säcken kürzer. Die Belader der Kehrrichtfahrzeuge müssen keine Gewichte mehr heben, und das teilweise mühsame Handling bei der Leerung von Containern entfällt. Probleme im Winter (eingeschneite Säcke, Behinderungen durch Schneemaden) werden entschärft. Die Entleerung von Unterflurbehältern kann mit weniger Beladerpersonal erfolgen, und auch die Unfallgefahr für die Belader wird reduziert.

Unterflurcontainer werden zur Zeit in der Stadt bezüglich dem Betrieb und der Entleerung in einem Pilotversuch getestet. Die Kosten eines Unterflurbehälters belaufen sich samt Installation auf ca. Fr. 8'000.–, die Kosten für die Umrüstung eines Fahrzeuges auf ca. Fr. 35'000.–. Das System mit Unterflurbehältern führt trotz dieser Investitionen tendenziell zu Kosteneinsparungen, weil Personalreduktionen bei den Sammelteams möglich sind und das Einsammeln rascher geht.

Bei den genannten Vorteilen ist jedoch zu beachten, dass dem Einsatz des Systems auch Grenzen gesetzt sind. Unterflurbehälter können nur dort eingesetzt werden, wo keine Fahrleitungen oder Bäume die Entleerung behindern und wo der Einbau der Behälter nicht durch Werkleitungen erschwert wird. Ausserdem sind eingeworfene gebührenfreie Kehrachtsäcke schwieriger zu erkennen als bei offener Bereitstellung.

Im Rahmen des Pilotprojektes wird die Eignung von Unterflurcontainern hinsichtlich der technischen Anwendung und des Verfahrens, der Erfahrungen durch die Benutzenden und



den Transportdienst und der Verbesserung der Sauberkeit und der Geruchssituation umfassend geprüft.

Das System wird an ausgewählten Standorten gemeinsam mit privaten Liegenschaftseignern realisiert. Sofern das Pilotprojekt die erwarteten positiven Resultate bringt, wird die Installation von Unterflurbehältern auch an geeigneten Standorten im öffentlichen Grund vorgesehen.

Da sich Unterflursammelsysteme in den letzten Jahren als Alternative zur herkömmlichen Kehrichtsammlung entwickelt haben, ist der Stadtrat überzeugt, den Anliegen der Initianten mit dem geplanten Vorgehen Rechnung zu tragen. Bereits realisiert wurde zudem die Möglichkeit, bei der KVA einzelne Gebührenkehrichtsäcke im Bedarfsfall, wie z.B. vor längeren persönlichen Abwesenheiten, in einen Container einzuwerfen. Zudem besteht selbstverständlich ebenfalls die Möglichkeit, dringend zu entsorgende Abfälle dort bereitzustellen, wo unmittelbar eine Abfuhr bevorsteht.

Gesamthaft kann aus der Sicht des Stadtrates mit den bereits vorhandenen Möglichkeiten und bei positiven Ergebnissen des Pilotprojektes mit Unterflurbehältern den Anliegen der Initianten Rechnung getragen werden, ohne dass ökologisch problematische Mehrleistungen mit negativen finanziellen Konsequenzen für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt erforderlich sind.

6 Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Volksinitiative „Üs schtinkts!“ wird ohne Gegenvorschlag abgelehnt.

Der Stadtpräsident:
Christen



Im Namen des Stadtrates

Der Stadtschreiber:

Linke

